



Ergänzungsantrag-Nr. 13/113/1

öffentlich

Datum: 12.05.2011
Antragsteller: SPD, GRÜNE, FDP

Krankenhausausschuss 3	06.06.2011	empfehlender Beschluss
Krankenhausausschuss 2	07.06.2011	empfehlender Beschluss
Krankenhausausschuss 4	08.06.2011	empfehlender Beschluss
Krankenhausausschuss 1	09.06.2011	empfehlender Beschluss
Gesundheitsausschuss	10.06.2011	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

**Anträge der Fraktionen
Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendpsychiatrie im LVR-Klinikverbund**

Beschlussvorschlag:

Der LVR will Kindern und Jugendlichen mit psychischen Erkrankungen eine optimale Behandlung im Rahmen ganzheitlicher, integrierter und regional vernetzter Konzepte anbieten. Diese Angebote sollen möglichst frühzeitig in Anspruch genommen werden können, gemeindenah und niedrigschwellig sein. Darüber hinaus hat die im November 2009 durchgeführte Fachtagung „Psychisch kranke Kinder und Jugendliche – was brauchen sie? Anforderungen an eine vernetzte Kinder- und Jugendpsychiatrie“ eine Reihe von Problemlagen und Handlungsfeldern identifiziert, die für eine zeitgemäße und erfolgreiche Kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung bearbeitet werden müssen.

Die als Ausfluss dieser Fachtagung beauftragte und von der Verwaltung mit Vorlage 13/800 vorgelegte Rahmenkonzeption für die Weiterentwicklung der Bereiche der Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie in den LVR-Kliniken hat eine Reihe von Maßnahmen insbesondere zur Weiterentwicklung und Verbesserung der ambulanten, teil- und vollstationären Behandlungsstrukturen (Ausbau stationärer und teilstationärer Kapazitäten; Schaffung von spezialisierten Angeboten) aufgezeigt.

Die mit der Rahmenkonzeption gemäß Vorlage 13/800 vorgelegten Handlungsansätze zur Prävention sowie zur Kooperation und Vernetzung sind weiter zu entwickeln und umzusetzen. Um diese Ziele einer verbesserten Prävention sowie Kooperation und Vernetzung zu gewährleisten, werden folgende Maßnahmen beschlossen:

- 1. Zielgruppenspezifische und vernetzte Präventionsmaßnahmen entwickeln und weitere Präventionsangebote in den Regionen schaffen**

Die Verwaltung wird beauftragt, das Förderprogramm „Hilfen für Kinder psychisch kranker Eltern“ nach Evaluation mit dem Ziel einer flächendeckenden Versorgung weiter zu entwickeln und Konzepte für eine gesicherte Finanzierung vorzustellen. Zudem sind auch an den LVR-Kliniken mit Abteilungen für KJPP weitere Präventivangebote, insbesondere in Kooperation mit weiteren Hilfebringern zu entwickeln bzw. auszubauen.

2. Gemeinsame regionale Konzepte zur Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit psychischen Störungen und Bedarf an Maßnahmen der Jugendhilfe sowie von Grenzfällen zwischen Jugendhilfe und Kinder- und Jugendpsychiatrie weiterentwickeln

Auf der Basis der gewonnenen Erkenntnisse aus den beiden Modellregionen Kreis Wesel und Kreis Kleve bei der Erprobung des Konzeptes zur Verbesserung der Kooperation und Vernetzung von KJPP und Jugendhilfe legt die Verwaltung Konzeptionen für weitere Versorgungsregionen vor.

3. Angebotstransparenz für alle relevanten Berufsgruppen, Betroffene und deren Angehörige schaffen

Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Basis der gewonnenen Erkenntnisse aus den beschlossenen Modellprojekten Wege zu skizzieren, wie ggf. unter Einbeziehung der kommunalen Gesundheitskonferenzen etc. eine entsprechende Transparenz bestehender klinikeigener Angebote sowie Angebote aller maßgeblich beteiligten Institutionen hergestellt werden kann.

4. Regionale Clearingstellen aufbauen

Aufbauend auf den Erfahrungen aus den beschlossenen Modellprojekten zur Vernetzung von Kinder- und Jugendpsychiatrie und Jugendhilfe soll eine Konzeption zur Implementierung regionaler Clearingstellen entwickelt werden.

Begründung:

Der Gesundheitsausschuss hat in seiner Sitzung am 25.03.2011 die Beratung des Antrags Nr. 13/113 an die Krankenhausausschüsse verwiesen. Die Beratungsergebnisse der Krankenhausausschüsse sollen danach im Gesundheitsausschuss eingebracht werden.

Zu 1:

Mit der Förderung von Hilfen für Kinder psychisch kranker Eltern in neun Modellregionen über drei Jahre ist ein wichtiger Impuls für eine zielgruppenspezifische Prävention durch den LVR gesetzt worden. Vor dem Hintergrund, dass ca. 50% der behandelten Kinder und Jugendlichen mindestens ein Elternteil mit einer diagnostizierten psychischen Störung haben, ist der Bedarf an Hilfen damit noch nicht gedeckt.

Darüber hinaus sind bei ca. 50% der behandelten Kinder und Jugendlichen eine oder weitere Kinder- und Jugendhilfemaßnahmen indiziert, so dass Angebote und Maßnahmen zur Früherkennung und Frühintervention bei psychischen oder Verhaltensstörungen auch in Kooperation mit den Einrichtungen der Jugendhilfe, Schulen etc. weiter zu entwickeln sind.

Zu 2 bis 4:

Die Bereitstellung von Hilfen für Kinder und Jugendliche mit psychischen Erkrankungen betrifft sowohl die Einrichtungen der Kinder- und Jugendpsychiatrie als auch der Jugendhilfe. Nach wie vor ist die Zusammenarbeit dieser beiden Säulen problematisch. Um die Zusammenarbeit zu intensivieren und zu systematisieren wurde die Verwaltung beauftragt, ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten und in zwei Regionen modellhaft zu erproben. Neben den mit der Rahmenkonzeption (Vorlage 13/800) definierten konkreten Schritten zur Verbesserung der Vernetzung und Kooperation zwischen Kinder- und Jugendpsychiatrie und Kinder- und Jugendhilfe sollten gemeinsame regionale Angebote weiter ausgebaut, Angebotstransparenz geschaffen und regionale Clearingstellen implementiert werden. Dabei sollen nach dem Gedanken der Best Practice auch Lösungsansätze aus anderen Bundesländern in die Betrachtung mit einbezogen werden.

Thomas Böll

Ralf Klemm

Hans-Otto Runkler